

**SAFER WORLD** is a private independent international internet information network

[www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)

**newsletter 92 / 18. 11. 2005**

#### **CHEMIKALIEN - POLITIK - REACH - EU**

Dessau, den 17. November 2005 EU-Chemikalienpolitik REACH:

#### **Umweltbundesamt informiert mit neuem Internetportal „REACH-info“ und Broschüre**

Seit kurzem bietet das Umweltbundesamt (UBA) mit dem Internetportal [www.reach-info.de](http://www.reach-info.de) eine umfassende Materialsammlung zur neuen EU- Chemikalienpolitik REACH speziell für Anwender. Doch auch für interessierte Bürgerinnen und Bürger ist das Angebot geeignet: Das Portal erklärt das REACH-System und hilft, Fragen zu beantworten. Unter „REACH im Überblick“, „REACH entwickelt sich“ oder „der REACH-Umsetzungsprozess (RIP)“ finden sich ausführliche Erklärungen, was von wem zu tun ist und wie das Gesetzgebungsverfahren weiter geht. Ergänzend lässt sich ein umfangreiches Stichwortregister nutzen. Produzenten und Anwender, die sich auf die neuen Anforderungen des REACH vorbereiten, finden Unterstützung durch die Broschüre „REACH für Anwender“.

Die Europäische Union plant eine der anspruchvollsten Gesetzgebungen in ihrer Geschichte: die komplette Neuregulierung des EU-Chemikalienrechts. Bisher waren die Regelungen unsystematisch und unübersichtlich, da 40, zum Teil widersprüchliche Rechtsvorschriften existieren. Seit Oktober 2003 liegt der Entwurf mit dem Kürzel REACH vor: Die Registrierung, Evaluierung (Bewertung) und Autorisierung (Zulassung) von Chemikalien wird darin geregelt. Seither wird REACH von vielen Beteiligten intensiv diskutiert, kommentiert und überarbeitet.

„Viel zu kompliziert“ lautet das Urteil einiger Akteure. Aber wie kompliziert ist der neue Vorschlag wirklich? Das UBA ist der Meinung: Es fehlt an Informationen – und macht ein Angebot, dies zu ändern. „Das vorliegende Internetportal und unsere neue Broschüre „REACH für Anwender“ sollen über das vorgesehene neue Chemikalienmanagement informieren, Interesse an weiteren Informationen wecken, unbegründete Befürchtungen abbauen und dadurch zu einer sachlichen Debatte beitragen.“, erklärt Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des UBA. Das Informationsangebot erläutert den späteren Anwendern vor allem Inhalte und Verfahren von REACH. Zusätzlich bietet das Internetportal auch Positionen des UBA zu Teilaspekten rund um REACH sowie Dokumente, Vorträge und Artikel an.

Da die Entwicklung der neuen EU-Chemikalienpolitik noch nicht beendet ist – zur Zeit beschäftigen sich die Fachleute mit den Umsetzungsinstrumenten zur Verordnung – wird es immer wichtiger, gemeinsam mit allen Akteuren aus der Industrie, den Verbänden des Verbraucher- und Umweltschutzes sowie den Behörden REACH richtig zu verstehen und anzuwenden. Das aktuelle Geschehen ist deshalb im Online-Angebot zu erfahren – zu regem Besuch und Feedback lädt das UBA unter [www.reach-info.de](http://www.reach-info.de) ein.

Die Broschüre „REACH für Anwender“ ist kostenlos zu beziehen beim Zentralen Antwortdienst des UBA, Postfach 14 06, 06813 Dessau; Fax: +49 (0)340 2103 - 2285 oder +49 (0)30 8903 - 2912; e-mail: [info@umweltbundesamt.de](mailto:info@umweltbundesamt.de)

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-067.htm>

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-067.pdf>

\*\*\*

35/2005, 11.11.2005 **Verbraucherschutz im geplanten EU-Chemikalienrecht stärker berücksichtigen!**

## **BfR benennt Schwachstellen im vorliegenden Verordnungsentwurf**

**Der Verordnungsentwurf zu REACH berücksichtigt die Interessen von Verbrauchern nur unzureichend.** Darauf hat das BfR auf seinem 1. Forum Verbraucherschutz im Juni dieses Jahres nachdrücklich hingewiesen und Nachbesserungen bei Prüfkonzepten, Verbraucherinformation und beim Einsatz alternativer Testmethoden gefordert. Das Gesetzgebungsprojekt zur Chemikaliensicherheit wird derzeit in Rat und Parlament der Europäischen Union diskutiert. Das BfR nimmt die Veröffentlichung des Berichtsbandes zum 1. Forum Verbraucherschutz zum Anlass, REACH noch einmal aus Sicht des Verbrauchers zu kommentieren. Das Bundesinstitut begrüßt es grundsätzlich, dass die Belastung des Verbrauchers durch Chemikalien und Chemieprodukte in der Diskussion immer mehr Beachtung findet. **„Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen“, so der Präsident des BfR, Professor Dr. Dr. Andreas Hensel, „dass der Verordnungsentwurf im Hinblick auf den Verbraucherschutz nach wie vor eine Reihe von Defiziten enthält, die dringend beseitigt werden müssen“.**

Nach Meinung des Instituts sollte die systematische Erfassung, Verarbeitung und Dokumentation aller verfügbaren Informationen zu Chemikalien und Chemieprodukten auf dem Markt das Kernstück von REACH sein. **Auch auf die Angaben zur bestimmungsgemäßen und vorhersehbaren Verwendung von Chemikalien in Verbraucherprodukten kann nicht verzichtet werden. Diese Informationen müssen unabhängig von den Produktionsmengen zur Verfügung stehen, sonst bleibt der Verbraucherschutz lückenhaft.**

**Dass Chemikalien, von denen in der EU jährlich weniger als 1 Tonne produziert werden, von der Informationspflicht ausgenommen sein sollen, ist wissenschaftlich nicht zu begründen. Abhängig von ihrer Gefährlichkeit können Chemikalien die Gesundheit des Verbrauchers auch in kleinen Mengen schädigen.**

**Auch der Aspekt der Verbraucher-Autonomie mit dem Ziel selbstbestimmter, informierter Entscheidung wird im vorliegenden REACH-Entwurf nur unzureichend berücksichtigt.** Der Verbraucher hat Anspruch auf eine Entscheidung nach eigener Nutzen-Risiko-Abwägung. Das hat die EU-Kommission schon im Jahr 2001 in ihrem Weißbuch zur Chemikalienpolitik festgeschrieben.

Nach dem gegenwärtigen Stand des Verordnungsentwurfs erhält der Verbraucher keine Informationen über die Risiken von Chemikalien und Chemieprodukten. Als Hauptnutzer und Anwender ist er dafür aber ein wichtiger Adressat. **Die Informationen müssen ihm verständlich und frei zugänglich zur Verfügung gestellt werden.**

Dass die Einschätzung des Gesundheitsrisikos für den Verbraucher künftig auch belastungsorientiert erfolgen soll, hält das BfR für sinnvoll. Die tägliche Belastung des Verbrauchers durch Chemikalien wird allerdings nicht nur durch seinen direkten Kontakt mit einer Substanz oder einem Produkt bestimmt. Sie ergibt sich auch indirekt aus der Belastung seiner Lebenssphäre mit zahlreichen Stoffen. **Die Belastungsprognose muss deshalb neben der einmaligen, direkten auch die wiederholte indirekte Einwirkung berücksichtigen.**

Weiter geschwächt wird der belastungsorientierte Ansatz im REACH-Entwurf durch die Bedingungen, an die der Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit geknüpft werden soll. So sollen gesundheitlich relevante toxikologische Prüfungen, wie die Untersuchung auf fortpflanzungsschädliche und auf Langzeitwirkungen, entfallen, wenn die Konzentration eines Stoffes in einem Produkt einen Wert von 0,1 % unterschreitet. **Bei einer großen Produktmenge kann von dieser Konzentration aber bereits eine erhebliche und gesundheitlich relevante Exposition für Verbraucher ausgehen. Wichtige Daten für die Risikobewertung würden dann fehlen.**

**Darüber hinaus vermisst das BfR in den geplanten EU-Vorschriften eine angemessene Vernetzung von REACH mit anderen Rechtsvorschriften, die für Produkte existieren.** Diese erfordern in der Regel eine Risikobewertung für das gesamte Produkt und nicht - wie es das REACH-Konzept vorsieht - für die darin enthaltenen Einzelstoffe. **Die Vergleichbarkeit der Risikobewertungen und daraus resultierenden Managementmaßnahmen wird damit nicht sichergestellt. Für den gesundheitlichen Verbraucherschutz ist das aber unentbehrlich.**

Die vorgesehene Begrenzung von Tierversuchen auf das unumgängliche Maß begrüßt das BfR ausdrücklich. Auf Tierversuche kann allerdings heute noch nicht vollständig verzichtet werden, wenn

Gesundheitsschäden verhindert werden sollen.

**Das Institut bedauert es, dass im REACH-Entwurf auf eine ärztliche Mitteilungspflicht über gesundheitliche Auswirkungen von Chemikalien auf den Menschen verzichtet wird.** Das bedeutet einen Rückschritt hinter die bisher geltenden Bestimmungen des deutschen Rechts.

Der Berichtsband zum 1. BfR-Forum Verbraucherschutz „EU-Chemikalienrecht und Verbraucherschutz“ kann schriftlich in der Pressestelle des BfR (Thielallee 88-92, 14195 Berlin, Fax: 030-84124970, [pressestelle@bfr.bund.de](mailto:pressestelle@bfr.bund.de)) angefordert werden. Er steht außerdem auf der Homepage [www.bfr.bund.de](http://www.bfr.bund.de) unter dem Menüpunkt „Publikationen“ als pdf-Datei zum kostenlosen Download zur Verfügung.

Hervorhebungen Scherrmann. Anmerkung Scherrmann: Ich verfolge seit über 10 Jahren die Veröffentlichungen des BfR bzw. der Vorgängerbehörde BgVV und bin/war fast immer ungemein frustriert, weil ich finde, dass die Behörde ihrem Auftrag an vielen Stellen nicht gerecht wird. Nun bin ich überrascht, dass das BfR in ungewöhnlicher Deutlichkeit auf die Schwachstellen von REACH hinweist.

\*\*\*

Von Greenpeace: 17.11.05

### **Frau Merkel, mein Bauch ist kein Chemiestandort! / REACH: Mit Schwangeren demonstriert Greenpeace für eine starke EU-Chemikalienreform**

Berlin (ots) - Schwangere Frauen protestieren heute vor der CDU-Parteizentrale in Berlin gegen die Belastung ihres Körpers mit Industriechemikalien. Auf ihren Bäuchen tragen die Schwangeren die Aufschrift "Mein Bauch ist kein Chemiestandort!". Bis zu 300 Industriechemikalien aus Alltagsprodukten wurden bereits im menschlichen Blut und in der Muttermilch nachgewiesen. Das EU-Parlament berät heute in Straßburg in erster Lesung über die EU-Chemikalienverordnung REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien). Auf Druck der CDU/CSU hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag angekündigt, sich für eine Abschwächung von REACH zu Gunsten der Industrie stark zu machen.

"Frau Merkel sollte sich als angehende Mutter der Nation nicht nur für BASF und Bayer einsetzen, sondern auch für die Gesundheit unserer Kinder", fordert Greenpeace Chemie-Expertin Ulrike Kallee. "Umweltgifte finden sich schon am Ursprung des Lebens, in der Nabelschnur." Wie eine im September publizierte Greenpeace-Studie zeigt, können Chemikalien bereits durch die Nabelschnur auf das Baby übertragen werden. Chemikalien, die werdende Mütter über die Haut, mit der Nahrung oder der Atemluft aufnehmen, können zu Missbildungen beim Kind führen. Auch Allergien und Krebs im Kindesalter werden mit Chemikalien im Mutterleib in Verbindung gebracht.

Bereits im Vorfeld der heutigen Entscheidung zu REACH im EU-Parlament haben sich die Abgeordneten der beiden größten Fraktionen - Konservative und Sozialisten - auf einen Kompromiss verständigt. Darin wird der Vorschlag der Europäischen Kommission massiv zu Gunsten der Industrie abgeschwächt. "Wenn das Chemikalienrecht REACH in dieser Form vom Parlament verabschiedet wird, werden wir für über 90 Prozent der Chemikalien weiterhin nicht erfahren, ob sie Krebs erregend sind oder der Fortpflanzungsfähigkeit schaden", sagt Kallee.

Nach der heutigen Parlamentsabstimmung liegt der Ball bei den Mitgliedsstaaten. Der EU-Ministerrat muss noch sein Votum abgeben, bevor REACH ein für alle EU-Staaten verbindliches Gesetz wird. Über den Ministerrat will Angela Merkel dafür sorgen, dass die deutsche Chemieindustrie kaum Untersuchungen über die Gefährlichkeit ihrer Chemikalien vorlegen muss. "Das ist kurzsichtige und verantwortungslose Politik. REACH wird die Chemieindustrie gerade mal 0,05 Prozent ihres Jahresumsatzes kosten. Dem gegenüber stehen geschätzte Einsparungen von 50 Milliarden Euro im europäischen Gesundheitswesen. Erst diese Woche hat die BASF, Europas größter Chemiekonzern, eine Umsatzsteigerung von elf Prozent bekannt gegeben", sagt Kallee.

Achtung Redaktionen: Rückfragen bitte an Ulrike Kallee, Tel. 0151-18053387 oder

Pressesprecherin Simone Miller, Tel. 0171-8706647.  
Nabelschnur-Studie "A Present for Life" finden Sie unter [www.einkaufsnetz.org](http://www.einkaufsnetz.org) . Weitere Infos zu REACH: [www.reach-info.de](http://www.reach-info.de) ,  
[www.chemicalreaction.org](http://www.chemicalreaction.org), [www.bundgegengift.de](http://www.bundgegengift.de)

Originaltext: Greenpeace e.V.  
Digitale Pressemappe: [http://presseportal.de/URL\\_steht\\_nicht\\_mehr\\_zur\\_Verfuegung./story.htx?firmaid=6343](http://presseportal.de/URL_steht_nicht_mehr_zur_Verfuegung./story.htx?firmaid=6343)

\*\*\*

München, 08. November 2005

**Müller: EU-Chemikalienverordnung muss praktikabel werden**

Der Entwurf der EU-Chemikalienverordnung (REACH) muss dringend nachgebessert werden. Dies betonte Bayerns Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzstaatssekretärin Emilia Müller heute in München im Vorfeld der Abstimmung im Europaparlament.

Der Entwurf der EU-Chemikalienverordnung (REACH) muss dringend nachgebessert werden. Dies betonte Bayerns Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzstaatssekretärin Emilia Müller heute in München im Vorfeld der Abstimmung im Europaparlament: "Wir befinden uns in der heißen Phase der REACH-Gesetzgebung. Der vorliegende Entwurf verfehlt aber die selbst gesteckten Ziele. Für mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz brauchen wir praktikable Regelungen, die zügig zum Ziel führen, das heißt weniger Bürokratie für Hersteller und Behörden und mehr Sicherheit für die Verbraucher". Beispielsweise müsse für die Registrierung das tatsächliche Risiko entscheidend sein und nicht allein die produzierten bzw. importierten Mengen eines chemischen Stoffes. Auch seien die Registrierungsanforderungen zu vereinfachen und der Know-How-Schutz zu verbessern, so die Staatssekretärin. Durch REACH sollen das europäische Chemikalienrecht vereinheitlicht und rund 30.000 Chemikalien systematisch erfasst und bewertet werden.

Der Verordnungsentwurf mit weit mehr als 1.000 Seiten ist der Staatssekretärin zufolge immer noch ein bürokratisches Monstrum und in der Praxis kaum handhabbar. Auch kleine und mittlere Unternehmen müssen die Chance haben, die rechtlichen Regelungen mit vertretbarem Aufwand umzusetzen und sicher zu handhaben. Müller: "Entscheidend ist für uns, dass ein Mehrwert für die Gesundheit und für die Umwelt geschaffen wird, ohne dabei Arbeitsplätze zu vernichten und Betriebsgeheimnisse preiszugeben". Innovationen, etwa im Bereich der Medizin- oder Umwelttechnik, dürfen durch REACH nicht erstickt werden. Bayern hatte im Rahmen einer Pilotstudie mit insgesamt 18 Unternehmen die Auswirkungen des Verordnungsentwurfs der EU auf die Fertigung hochinnovativer Produkte in Bayern untersucht und dabei gravierende Schwachstellen aufgedeckt. Im weiteren Rechtssetzungsverfahren zu REACH wird sich Bayern dafür einsetzen, dass

- der Aufwand für die Registrierung von Stoffen verringert wird,
  - das konkrete Risikopotenzial von Stoffen für die Anwendung von REACH ausschlaggebend wird und
  - Wettbewerbsnachteile für EU-Unternehmen gegenüber Nicht-EU-Unternehmen vermieden werden.
- Weitere Informationen: <http://www.arbeitsschutz.bayern.de>

Anmerkung Scherrmann: Dass ausgerechnet die Staatsschutzsekretärin fuer Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz sich gegen die Interessen der VerbraucherInnen einsetzt, zeigt mal wieder recht deutlich, wie kompliziert das Ganze ist. Frau Mueller scheint die vorhandenen Papiere vom BfR und UBA (letzteres bzgl. der finanziellen Auswirkungen fuer die Unternehmen) etc. nicht zu kennen.

\*\*\*

20.10.2005: **REACH könnte Milliarden bei Gesundheit sparen** BRUESSEL. Einer aktuellen Studie von Wissenschaftlern der Universität Sheffield zufolge könnte das von der Europäischen Kommission angestrebte System für die Registrierung, Bewertung und ...  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14911&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

=====

## ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

von der Bürgerwelle e.V., Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmo u. v. a.:

### Verein für Elektrosensible sucht Probanden für neue ES-Studie

Ziel der Untersuchung ist es herauszufinden, inwieweit Umweltbelastungen und immunologische Faktoren eine Rolle bei der Elektrosensibilität (ES) spielen.

Die Hypothese: Elektrosensibilität ist nicht ausschließlich durch EMF-Belastung bedingt, sondern entsteht im Verbund mit Schwermetallen und Chemie sowie Allergien. Die Studie soll im Rahmen des Deutschen Mobilfunk-Forschungsprogramms durchgeführt werden.

<http://www.buergerwelle.de/> , <http://www.emf-forschungsprogramm.de/>

### 8.11.2005 Oberster Gerichtshof der USA weist Mobiltelefonprozess nicht ab

Der oberste Gerichtshof weigerte sich, eine Sammelklage abzuweisen, die Mobiltelefonhersteller beschuldigt, sie würden Kunden nicht vor gefährlicher Strahlung schützen. Die Mobiltelefonindustrie wandte ein, dass die Klagen abgewiesen werden sollten, weil die Geräte den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Die Gerichte lehnten diesen Einwand kommentarlos ab. In verschiedenen Staaten wurden Klagen eingereicht, die fordern, dass die Hersteller die Mobiltelefone sicherer machen. Die Ankläger wollen Hinweise für die Anwender und Freisprechanlagen, weil diese das Risiko von Hirntumoren verringern sollen. Die Verbraucher behaupten, die Industrie verletze verschiedene Gesetze, zum Beispiel im Hinblick auf Verbraucherschutz, Produkthaftung, Fahrlässigkeit und Betrug. URL steht nicht mehr zur Verfügung

### Ärzte-Appell: Pfarrkirchner Appell

In der Gemeinde Pfarrkirchen/Bad Hall haben sich sieben Ärzte, ein Biologie-Universitätsprofessor und eine Psychologie-Neurologin zu einem Pfarrkirchner Appell zusammengeschlossen. Der Pfarrkirchner Appell schließt sich den bereits laufenden Appellen an, hält den weiteren Ausbau des Mobilfunknetzes für bedenklich und appelliert an Politiker, Wissenschaftler und Verantwortliche des Gesundheitswesens, dem im Grundgesetz garantierten Schutz von Leben und Gesundheit wieder Vorrang einzuräumen. <http://omega.twoday.net/>

### Irland: Keine Mobilfunkmasten mehr in der Nähe von Schulen

Das „Office of Public Works“ (OPW), die irische Regierungsbehörde für staatliche Bauten, hat angeordnet, dass keine Mobilfunkmasten mehr in der Nähe von Schulen aufgestellt werden, bis eine Überprüfung der Strahlung durch einen offiziellen Ausschuss stattgefunden hat. Tom Parlon, der für das OPW zuständige Minister, kündigte diese Maßnahme an.

Er erklärte, dass sie sich trotz der Gewissheit, dass diese Einrichtungen den entsprechenden Sicherheitsrichtlinien in jeder Hinsicht entsprechen, der anhaltenden Besorgnis aufgrund der Einrichtungen in der Nähe von Schulen bewusst sind. Deshalb hat das Kabinett kürzlich die Gründung eines Ausschusses genehmigt, der damit beauftragt ist, alle vorliegenden wissenschaftlichen Daten zu sichten und, falls erforderlich, Empfehlungen für eine Überarbeitung der Richtlinien für Telekomeinrichtungen auszusprechen. Die Reaktion der Regierung wird von Bürgerinitiativen begrüßt, die behaupten, dass Personen, welche in der Nähe von Masten leben, gesundheitlich beeinträchtigt seien und u.a. über Kopfschmerzen, Übelkeit und Muskelschmerzen klagten. ... URL steht nicht mehr zur Verfügung.

=====

## GENMODIFIZIERTES SAATGUT

3.11.2005: Brüssel gibt grünes Licht für umstrittenen Genmais. BRÜSSEL. Brüssel hat einen weiteren umstrittenen Genmais für den europäischen Markt zugelassen. Die Maissorte 1507 der US-Firmen Pioneer und Mycogen Seeds ist nun für vorerst zehn Jahre als

...<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=15051&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

=====

## INFOS von weiteren Organisationen

Vom BUND

## 12.11.05: Umwelt im Koalitionsvertrag: Rot-grüne Energiepolitik wird fortgesetzt, Rückschläge in der Chemie- und Agrarpolitik

Berlin (ots) - Für den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) bietet der Koalitionsvertrag von Union und SPD in wesentlichen Teilen keine ausreichenden Antworten auf die umweltpolitischen Herausforderungen. So sei zwar der Plan zu begrüßen, den klimabedingten Temperaturanstieg in diesem Jahrhundert auf zwei Grad zu begrenzen, dieses Ziel sei jedoch noch mit konkreten Maßnahmen zu unterlegen. Das nur halbherzige Antasten der umweltschädlichen Subventionen bewertet der Umweltverband als ungenügend. Akzeptabel sei die faktische Fortsetzung der rot-grünen Energiepolitik. Hervorzuheben sei die Tatsache, dass die SPD eine Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke verhindert habe. Bei den Themen Chemikaliensicherheit und Gentechnik hätten sich Union und SPD jedoch dem Druck einflussreicher Industriebranchen gebeugt. Die drohende Verwässerung der Schutzbestimmungen vor gefährlichen Chemikalien und das Aufweichen bislang vorbildlicher Haftungsregeln in der Agro-Gentechnik seien gravierende Rückschläge beim Verbraucherschutz.

Angelika Zahrt, BUND-Vorsitzende: "Der Abbau umweltschädlicher Subventionen wie Eigenheimzulage und Entfernungspauschale geht in die richtige Richtung. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden. Es darf auch nicht dabei bleiben, dass die größten landwirtschaftlichen Betriebe ohne jede ökologische Gegenleistung die meisten Subventionen erhalten. Gestoppt werden muss die Vergeudung vieler Milliarden Euro für unnütze Verkehrsprojekte wie den Transrapid. Was außerdem fehlt ist die Einführung einer Kerosinsteuer, der Abbau des klimaschädlichen Dienstwagenprivilegs und die Weiterentwicklung der Ökosteuer. Mit diesem Koalitionsvertrag macht sich unser Land noch nicht auf den Weg in eine nachhaltige Zukunft."

Offensichtlich wolle die schwarz-rote Koalition die in Europa vorbildliche Gentechnik-Politik ihrer Vorgängerregierung aufgeben. Wenn künftig die Verunreiniger von Nachbarfeldern nur dann haften müssten, wenn ihnen ein Verschulden nachgewiesen werden könne und in anderen Fällen ein Haftungsfond den Schaden regeln solle, werde dem fahrlässigen Umgang mit dieser Risikotechnologie Tür und Tor geöffnet. Damit drohe die flächendeckende gentechnische Verunreinigung der Lebensmittel. Die Wahlfreiheit der Verbraucher und Landwirte, ob sie gentechnisch veränderte Produkte wollten oder nicht, sei damit hinfällig. Zudem sei völlig unklar, wer in den Haftungsfond einzahle.

Ein Lichtblick im Koalitionsvertrag sei die vereinbarte Sicherung des nationalen Naturerbes. 125000 Hektar früherer Militärfelder und wertvolle Naturbiotope entlang des "Grünen Bandes" an der ehemaligen innerdeutschen Grenze könnten nun geschützt werden. Positiv sei auch die Absicht, ein Endlagersuchgesetz für den bisher angefallenen Atommüll in Kraft zu setzen. Da Gorleben als Endlager ungeeignet sei, müsse nun unter anderen potentiellen Standorten der beste gefunden werden.

Originaltext: BUND  
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung.  
[/story.htx?firmaid=7666](http://story.htx?firmaid=7666)  
[presse@bund.net](mailto:presse@bund.net) , [www.bund.net](http://www.bund.net)

\*\*\*

VON CBG: 26. Oktober 2005

### **Offener Brief an UN-Umweltbehörde UNEP: „Kooperation mit BAYER beenden“**

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) fordert von der UN-Umweltbehörde UNEP ein Ende der Kooperation mit dem Chemie- und Pharmakonzern BAYER. Das Unternehmen fördert das Jugendumwelt-Programm der UNEP mit Sachleistungen und Spenden in Höhe von einer Million Euro jährlich. Die CBG weist darauf hin, dass BAYER Dutzende solcher Kooperationen eingegangen ist – besonders in solchen Bereichen, in denen die Firma in der Kritik steht – ohne dass sich die rücksichtslose Unternehmenspolitik dadurch geändert hätte.

BAYER bekämpft über seine Lobbyisten Fortschritte in der Umweltgesetzgebung und stellt eine große Menge hochgefährlicher Produkte her. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren befürchtet, „dass die UNEP und die UN Umweltbotschafter weniger offen sein werden, die Rolle großer Konzerne zu diskutieren, wenn sie Spenden von BAYER erhalten.“ Wörtlich heißt es in dem Brief: Anlass für unser Schreiben ist das Treffen von „Umweltbotschaftern“ aus aller Welt im indischen

Bangalore, das von der UNEP organisiert und vom Unternehmen Bayer gesponsort wird. Ziel des Treffens sind Diskussionen über die Umwelt sowie über die Umsetzung der „UN Millennium Development Goals“.

Unserer Meinung nach werden diese Ziele durch die Zusammenarbeit mit BAYER torpediert. Das Unternehmen bekämpfte über seine Lobbyisten jegliche Art von Umweltgesetzgebung – sei es das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz, die neuen EU-Gesetze zur Chemikaliensicherheit, das Verbot von FCKW oder geplante Verbote von Pestiziden. Zudem produziert BAYER eine große Zahl hochgefährlicher Produkte wie Insektizide, Weichmacher, Bisphenol A oder Phosgen. In der Vergangenheit war BAYER sogar an der Produktion von PCB, Holzschutzgiften, chemischen Waffen und HIV-kontaminierten Blutprodukten beteiligt.

BAYER ist wie jedes multinationalen Unternehmen vornehmlich an Gewinnen interessiert. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende Manfred Schneider drückte es so aus: „Wir sind auf Profit aus. Das ist unser Job“. BAYER hat eine lange Tradition, sein Image mit vorgeblichem Umweltengagement reinzuwaschen.

Daher startete der Konzern Kooperationen mit Dutzenden von Umweltgruppen, medizinischen Fachgesellschaften, Selbsthilfegruppen, Umwelt-Magazinen, etc.

Hierbei sucht das Unternehmen gezielt Projekte in solchen Bereichen, in denen es in der Kritik steht. Hierdurch soll der Kritik von Umweltgruppen und Medien die Spitze genommen werden. Zudem will BAYER von dem guten Image seiner Partner profitieren.

Für die Umweltbewegung ist es ein Rückschlag, wenn die Vereinten Nationen oder das UN-Umweltprogramm UNEP mit BAYER zusammen arbeiten. Die Firma nutzt diese Kooperationen in ihrer Außendarstellung weidlich - z.B. auf ihrer homepage, dem Geschäftsbericht und zahllosen Werbebroschüren. Für BAYER ist dies eine preiswerte Image-Kampagne, aus der keine realen Veränderungen resultieren.

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren dokumentiert seit 25 Jahren Problemfälle, für die der BAYER-Konzern verantwortlich ist. Wir haben hunderte von Fälle gesammelt, in denen die Geschäftspolitik des Unternehmens Menschen oder die Umwelt geschädigt haben. Seit Jahrzehnten machen wir die Erfahrung, dass BAYER die Produktion risikoreicher Produkte nur auf hohen öffentlichen Druck hin einstellt (weitere Informationen finden sich auf unserer homepage, u.a. eine Analyse der Kooperation von BAYER und den Vereinten Nationen).

Großkonzerne sind verantwortlich für eine große Zahl sozialer und ökologischer Probleme. Unternehmen reduzieren ihre Kosten zu Lasten der Allgemeinheit. Die Industrie drängt auf freiwillige Verhaltenskodizes, um einklagbare ökologische Standards zu verhindern. Daher sind wir der Überzeugung, dass man eine kritische Distanz zu multinationalen Konzernen wahren muss, wenn man ökologische oder soziale Ziele verfolgt. Die Annahme von Geld jedoch führt zu Abhängigkeit. Wir befürchten, dass die UNEP und die „UN Umweltbotschafter“ weniger offen sein werden, die Rolle großer Konzerne zu diskutieren wenn sie Spenden von BAYER erhalten. Wir fordern Sie daher auf, diese Kooperation zu beenden.

In Erwartung Ihrer Antwort,

Philipp Mimkes, Hubert Ostendorf, Axel Koehler-Schnura, Jan Pehrke, Uwe Friedrich  
Vorstand der Coordination gegen BAYER-Gefahren

Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 150418, D-40081 Düsseldorf ,  
[CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com)  
[www.CBGnetwork.de](http://www.CBGnetwork.de)

=====

## **KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen**

7.11.2005

**Hautkrebs durch Strahlung ist Berufskrankheit.** Nach jahrelanger Strahlung am Arbeitsplatz kann Hautkrebs bei einem Schweißer als Berufskrankheit gelten. Das hat das Sozialgericht Dortmund im Fall eines 62jährigen Schlossers aus dem Siegerland entschieden, der seit 1963 Schweißarbeiten verrichtet. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=379469,4249,/medizin/krebs>

26.10.2005

**Hunderttausend Asbest-Tote bis 2030 in Frankreich befürchtet.** PARIS. Wegen des zu langen Einsatzes von Asbest werden in Frankreich in den kommenden 25 Jahren bis zu 100 000 Krebstote befürchtet. Tödliche Krebserkrankungen durch Kontakte mit dem ...  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14973&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

25.10.2005

**Häufige Interessenskonflikte von Autoren medizinischer Leitlinien.** LONDON. Eine von Nature durchgeführte Untersuchung hat ergeben, dass mindestens ein Drittel aller Autoren medizinischer Leitlinien finanzielle Beziehungen zu den Herstellern der Medikamente ... [mehr]  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14949&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

**Rauchverbot in Irland: Beschäftigte in der Gastronomie jetzt gesünder.** DUBLIN. Das seit 2004 in allen öffentlichen Gebäuden Irlands geltende Rauchverbot zeigt irischen Hausärzten zufolge erste positive Auswirkungen auf die Gesundheit von ... [mehr]  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14959&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

**Morbus Parkinson Pflanzenschutzmittel Paraquat für Morbus Parkinson verantwortlich?**  
Offenbar spielt auch das Pflanzenschutzmittel Paraquat bei der Entstehung eines Morbus Parkinson eine Rolle. Darauf weisen die Ergebnisse einer Studie der Shenyang Pharmaceutical University in Shenyang, China, hin. Im Tierversuch mit C57BL/6-Mäusen konnten Forscher nachweisen, dass die Langzeitexposition mit Paraquat das nigrostriatale dopaminerge System bei älteren Mäusen negativ beeinflusst. Für die Studie injizierten die Forscher den Mäusen jeden zweiten Tag entweder eine Kochsalzlösung oder Paraquat intraperitoneal. Die Injektionen wurden insgesamt zehnmal wiederholt. Sieben Tage nach der letzten Injektion überprüften die Forscher die motorischen Fähigkeiten der Mäuse. Anschließend wurden der Dopamin-Spiegel und dessen Metaboliten im Striatum mit einem Hochleistungsflüssigkeitschromatographen bestimmt. Die Mäuse, die Paraquat injiziert bekommen hatten, wiesen im Vergleich zu den Kontrollmäusen wesentlich schlechtere motorische Fähigkeiten auf. Auch der Dopamin-Spiegel im Striatum war bei den Paraquat-Mäusen wesentlich niedriger als bei den Mäusen, die Kochsalz injiziert bekommen hatten.  
Abstract aus "Chin Med J (Engl)" 2005 Aug 20;118(16):1357-61

Original (in Englisch) kostenfrei downloaden unter  
<http://www.cmj.org/information/full.asp?pmid=2005161357>

24.10. 2005

**Verpestete Luft verändert Geburten-Verhältnis Sao Paulo:** Weiblicher Nachwuchs dominiert  
<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=051024014>

21.10.2005

**Acrylamid: Lebensmittel immer noch belastet.** Bonn (ddp). Die durchschnittliche Acrylamid-Belastung von Lebensmitteln in Deutschland ist im vergangenen Jahr nur geringfügig gesunken. Dies ist das Ergebnis einer Auswertung von Länderdaten für 2004/2005, die das Bundesamt für Verbraucherschutz...  
<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=10&d=22&id=120758>

**Lautes Spielzeug: Irreparable Hörschäden drohen.** Aalen (ddp). Spielzeug ist oft zu laut für Kinderohren. «Vor allem Spielzeugpistolen, aber auch Quietsche-Enten, Kindertelefone und Spieluhren können Kinderohren irreparabel schädigen», warnt Hörforscher Professor Eckhard Hoffmann von der Hochschule...  
<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=10&d=22&id=120760>

**Wer sich früh zur Ruhe setzt, verkürzt sein Leben.** Eine Studie räumt auf mit dem Glauben, nach einer frühen Rente das Leben möglichst lange genießen zu können. Denn wer mit 55 Jahren aufhört



zu arbeiten hat die doppelte Todesrate von Arbeitnehmern, die bis 65 Jahre arbeiten.  
<http://gms-letter.de/cgi-bin/link/840/18561/1175>

Anmerkung Scherrmann: Wer mit 55 Jahren aufhört zu arbeiten, tut dies meist, weil er/sie

- a) seinen/ihren Job verliert,
  - b) keinen neuen Job findet oder
  - c) zu krank ist, um weiterhin zu arbeiten,
- und nicht weil "er das Leben noch möglichst lange geniessen" möchte.

**Neue EU-Studie untersucht Allergien nach Weingenuss.** Mit einer neuen Studie im Auftrag der EU soll derzeit geklärt werden, ob bestimmte Zusatzstoffe im Wein Allergien auslösen. Dabei handelt es sich um so genannte Schönungsmittel, die aus Ei, Milch und Fisch gewonnen und Wein zugesetzt werden, um etwa den Geschmack von Gerbstoffen abzuschwächen <http://gms-letter.de/cgi-bin/link/840/18561/1177>

---

## NETWORKING

Von Pierre Neurohr:

Ich arbeite in Brüssel für eine Gruppe von Umweltverbänden die dabei sind, ein neues europäisches Netzwerk zu bauen. Es wird besonders auf zwei Ebenen Kampagnen führen:

- die Probleme der Müllverbrennungsanlagen (und Zementwerke, die Sondermüll verbrennen) und der Deponien anprangern;
- haltbare Konsum und Produktion (Sustainable Consumption and Production, SCP) fördern.

Eine Gruppe von Leuten von verschiedenen Ländern hat sich in Juni zum zweiten Mal in Budapest begegnet, um darüber nachzudenken. Hier muss Ich hinzufügen, dass wenn wir über "Europa" sprechen, meinen wir das Kontinent, nicht nur die 25 EU-Länder. Vier Stiftungen haben uns schon sogenanntes "Kerngeld" gegeben, um damit anzufangen, und wir arbeiten daran, mehr Geld zu finden. Wir hoffen dass es möglich sein wird, die ersten Teilen des Puzzles in diesem Fall zusammenzubringen, mit einem Büro in Prag für das Sekretariat, und ein anderes in Brüssel fürs Lobbying.

In diesem Kontext sind Wir auf der Suche nach neuen Partnern. Wir haben schon Verbände in Frankreich, England, Polen, Kroatien, den drei baltischen Staaten, der Ukraine, usw., aber noch nicht in Deutschland. Es is so wichtig für Uns, deutsche Kollegen zu finden, da es so viele Länder in Europa gibt, wo Müllverbrennungsanlagen als "perfekte deutsche Technik" aufgezwungen werden. Darüber hinaus weiss Ich dass Sie in Deutschland sehr viel gute Information über diese Themen haben.  
Pierre Neurohr

PS: wenn Sie Leute kennen, die in lokalen Verbänden gegen Müllverbrennungsanlagen und/oder Mülldeponien und/oder für haltbaren Konsum kämpfen, dann wäre Ich sehr interessiert, Ihren Kontakt von Ihnen zu kriegen.

Pierre-Emmanuel Neurohr, Eutox Project, 5 place du Beguinage, 1000 Brussels, Belgium Phone: + 33 870 448 280 Cell phone: + 32 4 9625 1516  
E-mail: [pierre@eutox.be](mailto:pierre@eutox.be)

---

## TERMINE

Workshop: Beeinflussen UMTS-Mobilfunkfelder die Gesundheit?

<http://idw-online.de/pages/de/news135993>

Die Teilnahme ist kostenlos, Anmeldungen bitte bis spätestens 18. November 2005 an [info@fgf.de](mailto:info@fgf.de)  
Weitere Informationen: <http://www.fgf.de>

---

## POLITIK - BEHOERDEN

=====

## **Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz**

München, 15. November 2005: **Aktion Rauchfreie Gastronomie**

Gesundheitsminister Werner Schnappauf wird zusammen mit dem Präsidenten des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes Ludwig Hagn dem 1000. bayerischen Betrieb und dem 100. Münchner Betrieb die Teilnahmeurkunden überreichen  
Rauchen - ob aktiv oder passiv - schadet der Gesundheit. Darüber hinaus wird Zigarettenrauch auch von vielen Gästen und Mitarbeitern als störend empfunden. Mit der Anfang des Jahres gestarteten gemeinsamen Initiative "Rauchfreie Gastronomie" von Gesundheitsministerium und Bayerischem Hotel- und Gaststättenverband setzt Bayern ein deutliches Signal für mehr Nichtrauchererschutz. Bereits jetzt wurde das eigentlich erst für Ende des Jahres angestrebte Zwischenziel erreicht: Über 1000 bayerische Betriebe nehmen an der Aktion teil und sind Nichtraucherfreundlich bzw. rauchfrei. Gesundheitsminister Werner Schnappauf wird zusammen mit dem Präsidenten des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes Ludwig Hagn dem 1000. bayerischen Betrieb und dem 100. Münchner Betrieb die Teilnahmeurkunden überreichen

\*

München, 16. Oktober 2005: Müller: **Umweltgerechtes Handeln nur durch Umweltbildung**

Als Informationsbörse par excellence für Verbraucher und Aussteller hat Bayerns Umweltstaatssekretärin Emilia Müller die 14. Umweltmesse des Landkreises Schwandorf gewürdigt und sich beim Veranstalter, Umweltstation Forum für Umwelt, Kultur und Soziales, bedankt. Als Informationsbörse par excellence für Verbraucher und Aussteller hat Bayerns Umweltstaatssekretärin Emilia Müller die 14. Umweltmesse des Landkreises Schwandorf gewürdigt und sich beim Veranstalter, Umweltstation Forum für Umwelt, Kultur und Soziales, bedankt. Müller: "Der Umweltschutzgedanke muss noch mehr in den Köpfen der Verbraucher verankert werden. Ein umweltgerechtes Handeln kann nur durch Umweltbildung, vor allem bei Kindern, erreicht werden. Umweltschutz ist heute ein wichtiger, wachsender Markt für innovative Produkte und Dienstleistungen, deshalb spielt die Umweltbildung eine so große Rolle." Genauso wie bei der bayerischen Gesundheitsinitiative Gesund.Leben.Bayern. stehen bei der Umweltmesse "Richtig gesund leben - Neues aus den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Ernährung" präventive Gesundheitsvorsorge und gesunde Ernährung im Vordergrund.

Rund 50 Aussteller informieren über erneuerbare Energien, ökologische Produkte, umweltfreundliche Technologien und gesunde Ernährung. Das Thema "Erneuerbaren Energien" hat sich zu einem festen Bestandteil der Messe entwickelt. Das reichhaltige Angebot, vor allem für Kinder, zeigt, dass Umweltschutz in vielen Bereichen des täglichen Lebens eine wichtige Rolle spielt. Gerade bei Kindern spielt die Umweltbildung eine herausragende Rolle, denn Verständnis, Achtung und sorgsamer Umgang mit der Natur müssen von klein auf gelernt werden, so die Staatssekretärin.

Die Umweltmesse des Landkreises Schwandorf wurde mit 16.000 ? vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz unterstützt.  
Information zum Thema Umweltbildung bietet das Bayerische Umweltministerium unter <http://www.umweltbildung.bayern.de>  
Informationen zu diesem Thema: <http://www.umweltbildung.bayern.de>

Anmerkung Scherrmann: Ich finde diese Aktion wichtig, aber auch hier zeigt sich deutlich, dass der Begriff "Umweltschutz" den Begriff "Menschenschutz" nicht beinhaltet. Meine langjaehrige Ueberzeugung ist, dass umweltgerechtes Handeln erst dann effektiv sein wird bzw. Umweltbewusstsein in umweltgerechtes Handeln transformiert wird, wenn die Menschen den Zusammenhang zwischen der schadstoffbelasteten Umwelt und menschlichen Krankheiten klar erkennen, wenn sie erkennen, dass fast alle unsere Krankheiten schadstoffinduziert sind, dass umweltbewusstes Handeln ihrer eigenen Gesundheit zugute kommt.

\*\*\*

München, 07. November 2005

**Schnappauf: Mit neuem DJ-Führerschein & Lärmpegel-Limits Schutz vor Hörschäden**

Mit dem neuen DJ-Führerschein und freiwilligen Lärmpegel-Limits soll der Schutz vor Hörschäden in

Bayerns Diskotheken verbessert werden.

"Ein Führerschein, der den Discobesuch gehörsicherer macht"

Mit dem neuen DJ-Führerschein und freiwilligen Lärmpegel-Limits soll der Schutz vor Hörschäden in Bayerns Diskotheken verbessert werden. Gesundheitsminister Werner Schnappauf und Helmut Heckenstaller, Leiter der Landesvertretung Bayern der Techniker Krankenkasse (TK) gaben heute den Startschuss für das neue Projekt. "Schon jeder vierte Jugendliche hört schlechter. Zu laute Musik auch in Diskotheken ist dabei ein großes Gesundheitsrisiko. Die freiwillige Limitierung des Schallpegels auf unter 100 dB(A) nach entsprechenden Schulungen für die Discjockeys sind die richtigen Schritte für mehr Gesundheitsschutz unserer jungen Menschen", erklärte Schnappauf. Sollten die freiwilligen Maßnahmen keinen Erfolg haben, werde sich Bayern für entsprechende gesetzliche Regelungen einsetzen. Helmut Heckenstaller dazu: "Wir müssen davon ausgehen, dass bei gleichbleibenden Musik-Hörgewohnheiten in einigen Jahren jeder zehnte Jugendliche ein Hörgerät brauchen wird. Das ist Besorgnis erregend." Laut Heckenstaller sind bei der TK in den letzten Jahren die Ausgaben für Hörhilfen bei Kindern und Jugendlichen um über 80 Prozent gestiegen.

Die Diskothekenbranche selbst unterstützt diesen Weg für einen verantwortlichen Umgang mit lauter Musik. Der Bundesverband deutscher Diskotheken und Tanzbetriebe hat das Projekt erarbeitet und setzt es derzeit bundesweit um. Kernpunkt ist die Schulung der Discjockeys über die gesundheitlichen Folgen überlauter Musik, tontechnische Aspekte und haftungsrechtliche Tatbestände mit Prüfung und Zertifizierung. "Die, die am Schaltpult stehen, sollen verantwortungsvoll mit der Gesundheit ihrer Gäste umgehen. Da Insider schulen, ist die Akzeptanz größer", ergänzte Schnappauf.

Gleichzeitig appellierte Schnappauf an die Discothekenbetreiber, nur Discjockeys mit DJ-Führerschein zu beschäftigen und Pegelanzeigen zu beschaffen. "So kann der DJ erkennen, wenn er die Musik in den roten Bereich fährt und gegensteuern."

Lärm-Messungen in Diskotheken sollen den Erfolg des Projektes zeigen. Schnappauf: "Ich setze auf diese Überzeugungsarbeit. Denn fast 75% der Disco-Besucher möchten es gar nicht so laut in den Diskotheken, sie wollen sich auch noch unterhalten können." Falls die Maßnahmen nicht greifen, werde sich Bayern für eine gesetzliche Regelung einsetzen. Auch die anderen Länder unterstützen dieses Vorgehen.

Gesundheitsministerium und TK finanzieren die Schulungen in Bayern.

Weitere Informationen: <http://www.gesundheit.bayern.de>

=====

## BUNDESTAG

Keine relevanten Pressemitteilungen

=====

## BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

36/2005, 15.11.2005

### **Pflanzenschutzmittel in Lebensmitteln: Risikobewertung von Mehrfachrückständen soll optimiert werden**

Auf dem zweiten BfR-Forum Verbraucherschutz haben Wissenschaftler und Verbraucherschützer über neue Konzepte und Ansätze beraten

Bei der Untersuchung von Lebensmitteln auf Rückstände von Pflanzenschutzmitteln werden in Früchten und Gemüse häufig die Reste gleich mehrerer Wirkstoffe gefunden - so genannte Mehrfachrückstände. **Welche Wirkung ein Gemisch aus verschiedenen Wirkstoffen auf den Menschen hat, ist nur für wenige Wirkstoffgruppen wissenschaftlich beschrieben.** Um Mehrfachrückstände in Lebensmitteln zukünftig umfassender gesundheitlich bewerten zu können, müssen somit geeignete Konzepte entwickelt werden. Auf dem zweiten Forum Verbraucherschutz des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) haben Wissenschaftler und Verbraucherschützer am 9. und 10. November in Berlin über geeignete Bewertungsmodelle beraten. Ein diskutierter Ansatz, der auch

in anderen Staaten verfolgt wird: Stoffe mit gleichen Wirkmechanismen werden zusammengerechnet und Stoffe mit unterschiedlichen Wirkungen als Einzelstoffe betrachtet.

Wie alle Chemikalienreste sind auch Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln unerwünscht. Allerdings sind sie technisch nicht immer zu vermeiden. Das Auftreten von Rückständen mehrerer Wirkstoffe kann unterschiedliche Gründe haben: Verschiedene Pflanzenschutzmittel werden in zeitlicher Folge gezielt gegen unterschiedliche Schädlinge angewendet, es werden spezifisch wirkende Kombinationspräparate eingesetzt oder landwirtschaftliche Erzeugnisse unterschiedlicher Herkunft wurden bei der Vermarktung vermischt - um nur einige Ursachen zu nennen.

Grundsätzlich gilt: Rückstände von Pflanzenschutzmitteln dürfen die Gesundheit des Verbrauchers nicht beeinträchtigen. **Für die Einzelstoffe wurden deshalb Höchstmengen abgeleitet, die mit Sicherheit kein gesundheitliches Risiko für den Menschen darstellen.** Wird eine Höchstmenge überschritten, darf das Lebensmittel nicht mehr im Handel angeboten werden.

Doch wie steht es mit der gesundheitlichen Bewertung von Rückständen mehrerer Wirkstoffe in einer Probe - selbst wenn diese unterhalb der zulässigen Höchstmengen liegen? „Schon jetzt zieht das BfR für einige wenige Wirkstoffgruppen zur Abschätzung von Mehrfachrückständen so genannte Summenhöchstwerte heran“, sagt Dr. Ursula Banasiak, Leiterin der Abteilung Sicherheit von Stoffen und Zubereitungen im BfR. Möglich ist dies für bestimmte Fungizide und Insektizide, die einen einheitlichen Wirkmechanismus haben. Der Großteil der Stoffe wird aber nach wie vor einzeln bewertet. Als Kenngrößen für die gesundheitliche Beurteilung werden bei der Festlegung der Höchstmengen sowohl die abgeleiteten Werte für die Langzeitaufnahme als auch die akute Giftigkeit des Wirkstoffes zugrunde gelegt. Zwischen den festgelegten Höchstmengen und den Konzentrationen, die im Tierversuch giftig wirken, liegen in der Regel zwei- bis dreistellige Sicherheitsspannen.

Zur gesundheitlichen Bewertung von Mehrfachrückständen entwickelt das BfR ein Konzept, das auf internationalen Kenntnissen und Erfahrungen aufbaut. Dafür werden vor allem umfangreiche Daten zur Exposition benötigt. Unter Exposition versteht man die Menge eines Stoffes, mit der ein Verbraucher aus allen relevanten Quellen in Kontakt kommt. Im Zusammenhang mit der Bewertung von Mehrfachrückständen von Pflanzenschutzmitteln sind vor allem aktuelle Daten zu den Verzehrsgewohnheiten der Verbraucher wichtig. Des Weiteren sind Untersuchungen zu Wirkmechanismen und möglichen Interaktionen der Substanzen untereinander notwendig. Auf der Basis dieser Daten können dann Wirkstoffgruppen mit gleichem Wirkungsmechanismus identifiziert und Äquivalenzfaktoren zur Gewichtung der Einzelstoffe nach ihrer Giftigkeit abgeleitet werden.

„Es muss festgehalten werden, dass wir über ein Restrisiko und die Verbesserung der Bewertungspraxis reden - wir bewegen uns hier im Bereich der Vorsorge“, sagte BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel. Die Veranstaltung habe auch unterstrichen, dass ein auf europäischer Ebene einheitlich abgestimmtes Bewertungskonzept für Mehrfachrückstände entwickelt werden müsse. „Ein umfassendes Bewertungsmodell muss auf einer wissenschaftlichen Basis stehen, darüber wurde hier Einigkeit erzielt“, so das Fazit von Hensel.

Weitere Informationen zum Thema Mehrfachrückstände finden Sie in einer Hintergrundinformation auf unserer Homepage [www.bfr.bund.de](http://www.bfr.bund.de) unter dem Menüpunkt Presse/Themenbezogene Hintergrundinformationen.

Pressedienste

-Bewertung von Mehrfachrückständen von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln -  
Hintergrundinformation (A/2005, 09.11.2005)

Anmerkung Scherrmann: Hier zeigt sich, dass bis jetzt tatsächlich über Summengrenzwerte noch wenig nachgedacht wurde. Immerhin wird jetzt angefangen, diese Luecke zu schliessen. Was tatsaechlich dabei rauskommt, ob hier nicht - wie an vielen anderen Stellen auch - Grenzwerte so "getrimmt" werden, dass sie mitnichten Vorsorgewerte sind, sondern aufgrund ihrer Langzeiteinwirkung tatsaechlich krank machen, Krankheitssymptome ausloesen und/oder veraerstaerken koennen, wird die Zukunft zeigen.

=====

## **RKI (Robert Koch-Institut)**

### **26.10.2005 Gute Nacht – GBE-Heft „Schlafstörungen“ erschienen**

Schlafstörungen zählen zu den häufigen gesundheitlichen Beschwerden. So klagen 25 Prozent der Bevölkerung über Schlafstörungen, weitere elf Prozent erleben ihren Schlaf als häufig oder dauerhaft nicht erholsam. Neben den unmittelbaren Folgen für die Betroffenen verursachen Schlafstörungen häufig auch hohe gesellschaftliche Kosten, beispielsweise durch Unfälle, Leistungseinschränkung, Krankschreibung und Frühverrentung. Im neuen Heft der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (GBE) sind umfangreiche Daten und Fakten zum Thema Schlafstörungen zusammengestellt. Auf knapp 50 Seiten behandelt das Themenheft Grundlagen des normalen und gestörten Schlafs und gibt einen Überblick über Prävention, Diagnostik und Therapie der schlafmedizinischen Erkrankungen.

Werden Schlafstörungen und schlafmedizinische Erkrankungen frühzeitig erkannt, so bestehen gute Erfolgsaussichten für eine ursachengerichtete Prävention, Behandlung und Rehabilitation. Bleiben sie unversorgt oder werden sie nicht adäquat versorgt, so verursacht dies neben dem Leid der Betroffenen kostenträchtige Schäden für die Gesellschaft: Mangelnder Schlaf kann ursächlich sein für Produktionsfehler, für Fehler bei Steuer- und Überwachungstätigkeiten sowie für das Einschlafen am Steuer von Kraftfahrzeugen. Durch eine breite Information der Bevölkerung über die gesundheitlichen Risiken und durch Integration der schlafmedizinischen Inhalte in die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Medizinberufe könnte eine verbesserte Nutzung der bereits vorhandenen Ressourcen gewährleistet werden.

Den meisten Betroffenen kann ohne apparativen Aufwand effektiv geholfen werden. Durch gezielte Befragungen lassen sich Schlafstörungen identifizieren, die ihre Ursache in Verhaltensweisen haben, die den Schlaf-Wach-Rhythmus oder den erholsamen Nachtschlaf stören, oder die auf der Einnahme von schlafbeeinträchtigenden Substanzen beruhen. Auch psychiatrische oder organische Erkrankungen können Schlafstörungen verursachen. Nur bei einem geringen Teil der Betroffenen ist eine Untersuchung im Schlaflabor erforderlich.

Das Robert Koch-Institut, das die Gesundheitsberichterstattung des Bundes in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt durchführt, veröffentlicht seit Anfang 2001 regelmäßig Themenhefte. Neben der Information über Gesundheit und Krankheit ist die Analyse und Identifikation von Handlungsbedarf ein besonderer Schwerpunkt dieser Reihe. Das GBE-Heft ist auf der Internetseite des Robert Koch-Instituts abrufbar und kann kostenlos schriftlich angefordert werden:

Robert Koch-Institut, GBE, Seestraße 10 13353 Berlin, E-Mail: [gbe@rki.de](mailto:gbe@rki.de) Fax: 01888 – 754-3513.  
Weitere Informationen: [www.rki.de](http://www.rki.de) (Rubrik Gesundheitsberichterstattung)

Auszug: S. 26:

... Umweltbedingte Schlafstörungen können sich in Form von Insomnie oder von exzessiver Schläfrigkeit äußern. Störende Umweltfaktoren werden unter anderem in Form von physikalischen Reizen wie Lärm, zu niedriger oder zu hoher Umgebungstemperatur, Sturm, Vibrationen oder niedrigem atmosphärischen Sauerstoffgehalt beim Schlafen im Hochgebirge wirksam. Neben dem Lärm durch Verkehrsmittel ist auch das Schnarchen des Bettpartners oder dessen körperliche Unruhe, wie zum Beispiel durch Periodische Beinbewegungen im Schlaf, eine häufige Quelle für Schlafstörungen.

Epidemiologische Studien geben ausreichende Evidenz für eine Auswirkung nächtlicher Geräusche auf die Veränderungen von Schlafmuster, Schlafstadien, Herzfrequenz und Stimmung am nächsten Tag. Evidenzen für Veränderungen von Hormonspiegeln und der Leistung am nächsten Tag sind begrenzt oder nicht vorhanden.

Mangelnde Schlafhygiene (Quelle: Riemann et al. 2003 [20])

- Û Ausgedehnter Tagschlaf (mindestens zweimal wöchentlich)
- Û Zu ausgedehnter Mittagsschlaf (länger als 15 Minuten)
- Û Unregelmäßige Aufsteh- und Zubettgehzeiten
- Û Häufige Perioden ausgedehnter Zeiten im Bett
- Û Regelmäßiger erheblicher Konsum von Alkohol, Nikotin oder Koffein vor dem Zubettgehen

- Û Anstrengende körperliche Aktivitäten vor dem Zubettgehen
- Û Aufregende oder emotional belastende Aktivitäten vor dem Zubettgehen
- Û Häufiger Aufenthalt im Bett bei schlaffremden Aktivitäten wie Fernsehen und Essen (ausgenommen sexuelle Betätigung)
- Û Anstrengende geistige Aktivitäten kurz vor dem Zubettgehen
- Û Schlaf im unbequemen Bett
- Û Inadäquater Schlafraum (Hitze, Kälte, Feuchtigkeit, Lärm, Lichteinfall, Vibrationen u. a.)
- Û Verstärktes Grübeln im Bett

Anmerkung Scherrmann:

Immerhin wird Laerm in die Ueberlegungen miteinbezogen.

Das Auftreten von Schadstoffen im Schlafzimmer (z. B. Formalehyd in den Moebeln, Loesungsmitteln in den Fussboden-Klebern, Pyrethroide im Teppichboden, Schimmel in den Waenden, etc. etc. ) wird hier nicht beschrieben, obwohl es inzwischen umfangreiche Literatur zu gesundheitlichen Auswirkungen z. B. auf das Herzkreislaufsystem, den Respirationsapparat, das Restlessleggsyndrom, etc. gibt, die sich auch, teilweise vor allem nachts bemerkbar machen und somit den Schlaf erheblich stoeren koennen.

Auch hier zeigt sich somit deutlich, dass schon vorliegende Erkenntnisse nicht wahrgenommen werden.

PatientInnen beschreiben immer wieder, dass sie nach der Sanierung ihres Schlafzimmers wieder gut schlafen koennen.

Und auch hier stellt sich die Frage, warum diese Erfahrungen nicht wahrgenommen wird.

---

## UBA - UMWELTBUNDESAMT

Dessau, den 17.10.2005: **UBA: Klimaschutz jetzt Beine machen  
Treibhausgas-Ausstoß weltweit bis 2050 halbieren – Umweltbundesamt schlägt konkrete  
Maßnahmen vor**

Das Umweltbundesamt (UBA) erwartet von der neuen Bundesregierung, den Klimaschutz mutig voranzutreiben: „Je länger sich wirksame Gegenmaßnahmen weltweit hinauszögern, desto höher werden die Risiken und Schäden des Klimawandels – zum Beispiel durch extreme Wetterereignisse. Unter einer großen Koalition bieten sich gute Möglichkeiten, Deutschland wirtschaftlich zu modernisieren und die Abhängigkeit von der Einfuhr teurer fossiler Rohstoffe zu verringern“, sagt Prof. Andreas Troge, Präsident des UBA heute anlässlich der Veröffentlichung der Klimaschutz-Konzeption „Die Zukunft in unseren Händen – 21 Thesen für eine Klimaschutzpolitik des 21. Jahrhunderts“ des Amtes. Das Credo des UBA: Eine gefährliche Störung des komplexen Klimasystems ist noch zu verhindern. Das UBA beschreibt auf 173 Seiten unter anderem, mit welchen Maßnahmen und Instrumenten das zum Beispiel in den Bereichen Verkehr und Energieerzeugung zu schaffen ist. Die 21 Thesen des UBA zum Klimaschutz sind im Internet unter <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/index.htm> erhältlich.

Viele Studien zu bereits eingetretenen und noch zu erwartenden Klimaänderungen belegen, wie sensibel das Klima auf den vom Menschen mit verursachten Treibhauseffekt reagiert. Bis heute sind die Temperaturen weltweit im Durchschnitt bereits um 0,7 Grad Celsius (°C) gegenüber 1900 gestiegen. Das UBA empfiehlt, diesen Anstieg langfristig auf höchstens 2°C zu begrenzen. Dazu ist die Konzentration der klimawirksamen Gase in der Atmosphäre mittelfristig auf dem heutigen Niveau sowie langfristig sogar darunter zu stabilisieren. Weltweit sind dazu die Emissionen der Treibhausgase bis zum Jahr 2050 in etwa zu halbieren.

Industriestaaten – wie Deutschland – sind wegen ihrer – auch schon in der Vergangenheit verursachten – hohen Emissionen und großen Wirtschaftskraft verpflichtet – sowie in der Lage –, einen besonderen Beitrag zur notwendigen Emissionsminderung zu leisten. Das vom Europäischen Rat im März diesen Jahres vorgeschlagene Ziel, bis zum Jahr 2020 15 bis 30 Prozent weniger klimawirksame Emissionen auszustoßen, betrachtet das UBA nur als ausreichend, falls sich die Industriestaaten am oberen Rand der Vorschläge orientieren. Bis zum Jahr 2050 sind sogar Emissionsminderungen der Treibhausgase um mindestens 80 Prozent in den Industriestaaten nötig. Auch die Schwellen- und Entwicklungsländer müssen mittelfristig zum Klimaschutz beitragen: Das UBA schlägt dazu ein Vier-Stufen-Modell vor, das für die heutigen Entwicklungsländer – zeitlich und nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sowie nach Treibhausgasausstoß pro Kopf gestaffelt – unterschiedliche Verpflichtungen vorsieht.

Für Deutschland zeigen Analysen: Es ist sowohl technisch machbar als auch wirtschaftlich tragfähig, bis zur Mitte des Jahrhunderts den Energieverbrauch zu halbieren und den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase bis zu 80 Prozent zu senken. Dafür ist Energie besser zu nutzen und rationeller einzusetzen. „Wir sollten das aus den Energieträgern herausholen, was in ihnen steckt“, so UBA-Präsident Troge. Wichtig sei zudem, den eingeschlagenen Kurs zum Ausbau der Erneuerbaren Energien fortzusetzen – bis 2050 sollten Wind, Sonne, Wasser, Biomasse und Geothermie mindestens die Hälfte zu unserem Energieverbrauch beitragen.

Um die vorhandenen technischen Potentiale auszuschöpfen, sind in den nächsten 25 Jahren viele Maßnahmen in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft nötig. Die UBA-Klimaschutzkonzeption beschreibt die dafür notwendigen Instrumente der EU sowie des Bundes, der Länder und Kommunen.

Die UBA-Klimaschutzkonzeption „Die Zukunft in unseren Händen – 21 Thesen für die Klimaschutzpolitik des 21. Jahrhunderts“ ist im Internet unter der Adresse <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/index.htm> erhältlich.  
HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-063.htm>  
PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-063.pdf>

\*\*\*\*

#### Dessau, den 07.11.2005: **5. Dezember 2005 Internationaler „Tag des Bodens“ Böden sind nicht der letzte Dreck**

Tagung der Kommission Bodenschutz: „Bodenschutz ist Verbraucherschutz“

Wir brauchen den Boden zum Leben, wie Luft und Wasser. Nur auf sauberen Böden lassen sich gesunde Nahrungsmittel erzeugen, wie sie der Verbraucher erwartet. Auch für sauberes Trinkwasser ist ein sauberer Boden mit guter Filterwirkung für das Grundwasser die beste Voraussetzung. Doch: Verschmutzung und Versiegelung zerstören und entwerten wertvolle Böden. Klarer als bisher muss es in Zukunft deshalb heißen: Bodenschutz ist auch Verbraucherschutz. Unter diesem Motto steht in diesem Jahr der Internationale Tag des Bodens am 5. Dezember 2005. Um den Wert der Böden zu verdeutlichen, veranstaltet die Kommission Bodenschutz des Umweltbundesamtes (UBA) an diesem Tag eine Vortragsveranstaltung im neuen Dienstgebäude des UBA in Dessau. Namhafte Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Forschung und Praxis präsentieren wesentliche Aspekte zum Bodenschutz. Anmeldungen zur Teilnahme an der Veranstaltung sind möglich bis zum 25. November 2005 unter der e-mail Adresse: [Thomas.Lepke@UBA.de](mailto:Thomas.Lepke@UBA.de) oder der Faxnummer 0340-2104 3784.

Der Wert von Böden und die Wahrnehmung ihrer Funktionen in unserem täglichen Leben sind wichtige politische Themen und gehören deshalb stärker als bislang in die Debatte nachhaltigen – das heißt eines dauerhaft umweltgerechten – Wirtschaftens.

Die Tagung am 5. Dezember 2005 soll helfen, Ideen zu entwickeln, wie eine verbesserte Wahrnehmung des Umweltmediums Boden bei Verantwortlichen und in der Öffentlichkeit zu erreichen ist.

Die eintägige Vortragsveranstaltung wird von einer Ausstellung, Buchpräsentationen, Videovorführungen sowie von Präsentationen fachlicher Poster begleitet. Die Ausstellung sowie die Buchpräsentationen an diesem Tage sind auch dem interessierten Publikum zugänglich.

Der Weltbodentag wurde auf der Tagung der Internationalen Bodenkundlichen Union (IUSS) in Bangkok am 5. Dezember 2002 ausgerufen. Ziel dieses Tages ist, der Öffentlichkeit die Bedeutung und Schutzbedürftigkeit der Ressource "Boden" näher zu bringen und das Bewusstsein für dieses Umweltmedium zu wecken.

Die Kommission Bodenschutz des Umweltbundesamtes, die 2004 in Berlin am Tag des Bodens gegründet wurde, hat sich zum Ziel gesetzt, diesen Tag jährlich mit einer besonderen Veranstaltung zu würdigen.

Das detaillierte Programm ist von der Internetseite des UBA unter [http://www.umweltbundesamt.de/fwbs/kbu/pdf-Dokumente/bodenschutz\\_ist\\_verbraucherschutz.pdf](http://www.umweltbundesamt.de/fwbs/kbu/pdf-Dokumente/bodenschutz_ist_verbraucherschutz.pdf) herunterladbar.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-066.htm>  
PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-066.pdf>

\*\*\*

Dessau, 25. Oktober 2005: **Wege aus dem „Ex und Hopp-Konsum“**

Öffentliche Abschlusskonferenz zur BMBF-Förderinitiative „Möglichkeiten und Grenzen neuer Produktnutzungsstrategien“ am 7. und 8. November in Berlin

Eröffnet die mehrfache Verwendung von Computern und Möbeln oder die gemeinschaftliche Nutzung von Geräten den Weg vom „Ex und hopp“ zu einem Ressourcen schonenden Konsum? Was taugen die praktischen Beispiele? Lassen Sie sich ausweiten? – und: Welche Art von Innovationen und neuen Geschäftsmodellen sind dafür erforderlich? Antworten auf diese Fragen geben die Projektergebnisse der zehn praxisorientierten Forschungsprojekte zur nachhaltigen Produktnutzung, die das Umweltbundesamt (UBA) in den vergangenen vier Jahren für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) koordinierte. Am 7. und 8. November 2005 diskutieren Fachleute aus Wissenschaft, der Wirtschaft sowie Verbraucher- und Umweltschutzverbänden die Ergebnisse dieser und weiterer Forschungsprojekte auf der Abschlussveranstaltung im Harnack-Haus in Berlin-Dahlem. Das Programm und ein Anmeldeformular zur Abschlussveranstaltung der BMBF-Fördermaßnahme finden Sie unter: (nicht mehr im Netz)

Die Entwicklung unserer Gesellschaft zur Ressourcen verschwendenden Wegwerfgesellschaft hinterlässt zukünftigen Generationen immer mehr Abfall und immer weniger ausreichende natürliche Lebensgrundlagen. Ein Umdenken ist erforderlich, zumal viele Produkte, die im Abfall landen, oft noch für weitere Jahre ihren Zweck erfüllen würden. Zentrales Anliegen der Forschungsprojekte war es, eine innovative nachhaltige Nutzung von Produkten durch Angebote am Markt zu unterstützen. Nachhaltige Produktnutzung trägt dazu bei, natürliche Ressourcen zu schonen, Energie zu sparen und die Umweltbelastungen durch unseren Konsum zu senken.

Die vom UBA koordinierten Projekte des BMBF-Förderschwerpunktes zeigen genau hier richtige Wege, an denen sich Bürgerinnen und Bürger orientieren könnten. Dabei ging es immer auch um die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, die helfen können, nachhaltige Waren und Dienstleistungen besser zu vermarkten – zum Beispiel durch ein kombiniertes Angebot von Produkt und Service.

Angeregt durch die Ergebnisse aus den Projekten zur nachhaltigen Produktnutzung, veranstaltet das UBA nach der öffentlichen Abschlusskonferenz der Förderinitiative „Möglichkeiten und Grenzen neuer Produktnutzungsstrategien“ eine Kunstausstellung unter dem Titel „Re-Art ONE“. Die Eröffnung der Ausstellung zum Thema Wiederverwendung und Verwertung – in der unter anderem auch Exponate aus den Projekten zu sehen sind – findet in Dessau am 03.11.2005 und in Berlin am 08.11.2005 statt. Begleitend zur Ausstellung sind Talkrunden und eine Schüler-Aktion geplant.

Weitere Informationen zu den Projekten und zur Ausstellung im Umweltbundesamt unter [www.nachhaltig.org/Startseite/index1.html](http://www.nachhaltig.org/Startseite/index1.html) oder bei Vera Rabelt: E-mail: [vera.rabelt@uba.de](mailto:vera.rabelt@uba.de) , Tel. 0340 2103 2119

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-065.htm>  
PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-065.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/92

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: + 49 7352 940529, email: [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org) , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt